



Diversity vor Ort

Studierende erforschen Diversität in der Stadt.
Eine Kooperation zwischen dem Institut für
Diversitätsforschung der Universität Göttingen
und der Stadt Göttingen.

Inhaltsverzeichnis

- 3 **Grußwort von Stadträtin Maria Karaus**
Dezernentin für Personal, Schule und Jugend
- 4 **Grußwort von Prof. Dr. Andrea D. Bührmann**
Direktorin des Instituts für Diversitätsforschung der Universität Göttingen
- 5 **Diversity vor Ort: Projektbeschreibung**
- 7 **Forschungsergebnisse 2017 | 18**
Seheinschränkungen und Blindheit im Göttinger ÖPNV:
Möglichkeiten und Hindernisse in der Nutzung barrierearmer Mobilität
- 10 **Forschungsergebnisse 2018 | 19**
Repräsentation verschiedener Diversitätskategorien durch Göttingens Straßennamen und Gedenktafeln
- 13 **Forschungsergebnisse 2019 | 20**
Migrationsberatung in Göttingen
- 16 **Forschungsergebnisse 2020 | 21**
(Zwei)Geschlechtlichkeit in Göttingen: Zur Debatte um Unisex-Toiletten in der Stadtverwaltung Göttingens
- 19 **Forschungsergebnisse 2022 | 23**
„Oben-ohne“-Schwimmen in Göttingen – Gleichstellung und Antidiskriminierung
- 22 **Impressum**

Grußwort

Maria Karaus



Sehr geehrte Interessierte,

Vielfalt ist Realität – auch in Göttingen. Mit der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt hat die Stadt Göttingen schon 2016 deutlich gemacht, dass sie Diversität anerkennt und wertschätzt. Die Mitarbeitenden sowie die Bürger*innen sollen unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität die Möglichkeit haben, ihre Potenziale voll zu entfalten und vor Diskriminierung geschützt werden. Durch Veranstaltungen und Kooperationen wie den Diversity-Tag, das LSBTIQ-Netzwerk und Fortbildungen werden die Mitarbeitenden in ihrer eigenen Vielfalt gestärkt und sensibilisiert, um angemessen auf die Bevölkerung einzugehen.

Ein wichtiger Baustein bei der Auseinandersetzung mit Vielfalt ist das Wissen um die Diversität in der Stadt und der Stadtverwaltung. Daher führen wir intern freiwillige Umfragen zu diversitätsrelevanten Themen durch. Darüber hinaus beteiligen wir uns seit 2017 an der Kooperation Diversity vor Ort mit dem Institut für Diversitätsforschung der Universität Göttingen. In diesem praxisbezogenen Projekt werden aktuelle gesellschaftliche Fragestellungen aufgegriffen, die uns tiefere Einblicke über die Vielfalt in unserer Stadt gewähren.

Als besonders bereichernd sehen wir den Wissenstransfer in beide Richtungen: wir als Stadt beraten die Studierenden und stellen im Rahmen unserer Möglichkeiten Informationen zur Verfügung und die Studierenden geben im Rahmen ihrer Forschung Handlungsempfehlungen für die Stadtverwaltung ab. Herausfordernd kann dabei der Spagat zwischen den Anregungen der Studierenden und der tatsächlichen Umsetzbarkeit der Projektergebnisse sein.

Ich bin dankbar über den Austausch mit der Universität, der uns dabei unterstützt, unsere Strukturen für eine offene, vielfältige und zukunftsfähige Stadt weiter zu festigen und auszubauen. Ihnen wünsche ich viele Erkenntnisse bei der Lektüre der bisherigen Forschungsprojekte.

Maria Karaus
Dezernentin

Grußwort

Prof. Dr. Andrea D. Bührmann



Liebe Leser*innen,

die Bedeutung von Städten weist weit über bauliche Elemente und historische Ereignisse hinaus. Zu allen Zeiten waren Städte Orte des sozialen Geschehens: der Begegnung, der Konflikte, des Wandels. Die Vielfalt der darin lebenden und wirkenden Menschen bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für Politik und Forschung. An dieser Schnittstelle arbeitet bereits seit 2017 das Projekt „Diversity vor Ort“ in der Kooperation zwischen der Stadt Göttingen und dem Institut für Diversitätsforschung der Universität Göttingen. Die Studierenden des Masterstudiengangs „Sozialwissenschaftliche Diversitätsforschung“ erforschten z.B. Fragen nach Erinnerungs- und Gedenkprozessen, nach Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Mobilität in Göttingen sowie Zugängen zu Ressourcen für benachteiligte Gruppen. Im Rahmen dieser gesellschaftspolitischen Fragestellungen sind zahlreiche Expert*innen interviewt, Orte begangen und Dokumente analysiert worden. Mit Blick auf das Erreichte bin ich stolz und blicke gespannt auf die kommenden Projekte und den weiteren Dialog. Und es ist auch eine Gelegenheit mich zu bedanken:

- » bei den Oberbürgermeister*innen Rolf-Georg Köhler und Petra Broistedt sowie den Stadträt*innen Siegfried Lieske und Maria Karas für die vertrauensvolle Zusammenarbeit;
- » bei den städtischen Mitarbeiterinnen Ekaterina Ershova, Amelie Fischer, Anna Maierl, Inken Kautter und Kristin Kalisch für ihre interessierte Begleitung und Unterstützung der Forschungsprojekte;
- » bei Ulrike Thiele-Manjali für die Konzeption, Durchführung und stetige Weiterentwicklung des zugehörigen „community-based research“-Seminars sowie bei Astrid Biele Mefebue, Julia Giese, Jördis Grabow, Annika Dörner und Doreen Müller für die Weiterführung;
- » bei den Studierenden, ohne deren Kompetenzen und Engagement nicht so viele spannende Projekte hätten umgesetzt werden können;
- » bei allen Mitarbeitenden der Stadt Göttingen, der Universität Göttingen und allen Befragten und Interviewten, die durch Ihre Mitwirkung maßgeblich zum Gelingen der Teilprojekte beigetragen haben.

Prof. Dr. Andrea D. Bührmann

Projekt- beschreibung

Im November 2016 hat die Stadt Göttingen die Charta der Vielfalt unterschrieben. Diversität ist in der Stadtverwaltung eine Querschnittsaufgabe. Was aber macht die Vielfalt Göttingens aus? An dieser Stelle setzt das Kooperationsprojekt „Diversity vor Ort“ zwischen der Stadt Göttingen und dem Institut für Diversitätsforschung an, bei dem mittels Service Learning bzw. in einem „community-based research“-Seminar geforscht wird. Es geht darum, einen Überblick darüber zu gewinnen, welche Dimensionen von Diversität für Göttingen in welchen Bereichen relevant sind und welche Maßnahmen/Initiativen es bereits vor Ort gibt. Seit dem Wintersemester 2017/18 erforschen die Studierenden im Masterstudiengang Sozialwissenschaftliche Diversitätsforschung jährlich die vielfältigen, offenen Fragen rund um Diversität. Im ersten Durchgang konnten bereits sechs verschiedene Projekte realisiert werden, bei denen sich ein thematischer Schwerpunkt auf die Dimension disability (Behinderung) ergab. Zunächst waren die verschiedenen Stadtbezirke Göttingens die Grundlage für die Forschungsvorhaben. Einige davon wurden hinsichtlich ihrer Vielfaltdimensionen untersucht, um Diversitätslandkarten zu erstellen. Mittlerweile stellen die einzelnen Stadtbezirke nicht mehr den Ausgangspunkt dar, sondern die diversitätsfördernden und unterstützenden Initiativen werden stadtweit untersucht.

Ziel des Projektes ist es, akademisches Lernen mit zivilgesellschaftlicher Wirkung in Form eines wechselseitigen Wissenstransfers der Akteur*innen vor Ort zu verbinden. Das Projekt ermöglicht den Studierenden einen praxisnahen Einblick in das jeweilige Forschungsfeld. Dabei finden zahlreiche Fragen, Anregungen und Erfahrungen aus der Praxis wiederum ihren Weg in die Forschung. Bisher wurde das Seminar von Ulrike Thiele-Manjali (bis April 2019 und ab Juli 2020 bis September 2021) sowie Astrid Biele Mefebue und Doreen Müller (April 2019 bis Juli 2020) geleitet.

Die Studierenden arbeiten über zwei Semester hinweg mit einem multimethodischen Forschungsdesign: Einerseits werden bei der Stadt bereits vorliegende Daten sowie Expertise für die Lehrforschung genutzt, andererseits können diese durch die Erhebungen der Studierenden in dem Seminar ergänzt werden. Zur Anwendung kommen z.B. Expert*inneninterviews, Diskurs- und Homepageanalysen, Fragebögen und teilnehmende Beobachtung.

Die Studierenden erarbeiten aus den Ergebnissen einen Forschungsbericht, der mit den Verantwortlichen der Stadt auch bereits während seiner Entstehung diskutiert werden soll und auf konkrete Handlungsempfehlungen abzielt.

Seminaraufbau

Das Design des Seminars lässt sich in die Phasen Grundlagen (1), Gruppenfindung und Forschungsprozess (2) und Ergebnissicherung (3) gliedern.

In der ersten Phase erarbeiten die studentischen Forschungsgruppen im Rahmen des Seminars zunächst eine gemeinsame theoretische Basis, einen Überblick über den Stand der Stadtsoziologie und ein grobes Verständnis zu Kategorien von Diversität.

Die zweite Phase nimmt den größten Teil der Seminarzeit ein. Sie widmet sich zunächst der Bildung von Kleingruppen. Hierfür arbeiten die Studierenden interessensgeleitete Fragestellungen aus, die im Weiteren selbständig von den Gruppen bearbeitet werden. Dabei bilden sich Teilgruppen zu unterschiedlichen inhaltlichen Themen. Zur Unterstützung der studentischen Forschungsarbeiten finden regelmäßige Beratungstreffen mit dem*der Dozent*in statt. Die erste Zielmarke wird mit der Darstellung der Zwischenergebnisse zum Ende des ersten Projektsemesters erreicht. Die Gruppen bekommen in diesem Rahmen Feedback von ihren Mitstudierenden, dem*der Dozent*in sowie von den Vertreter*innen der Stadt. Auf Grundlage der vorgebrachten Anregungen und konstruktiven Kritik werden die Teilprojekte überarbeitet und weiterentwickelt.

Die dritte Phase befasst sich mit der Aufbereitung der Ergebnisse. Hierfür bereiten die Gruppen zum Ende des zweiten Semesters Ergebnispräsentationen vor. Im Rahmen der Abschlusssitzung bekommen die Studierenden noch einmal Feedback von den Mitstudierenden, dem*der Dozent*in und den Vertreter*innen der Stadt. In der Folgezeit werden die Ergebnisse der Gruppen als Prüfungsleistungen und Teile der Abschlussarbeiten verschriftlicht. Die Abschlussarbeiten der Studierenden werden unter Federführung von dem*der Dozent*in am Institut für Diversitätsforschung gekürzt und überarbeitet, um die Abschlussberichte der einzelnen Durchgänge zu erstellen.

Die vorliegende Broschüre hat zum Ziel, Interessierten einen Überblick über erfolgte Forschungsprojekte zu geben. Pro Durchgang wird jeweils ein Projekt detailliert vorgestellt, alle weiteren Projekte erscheinen nur mit dem Titel. Es ist geplant, die Broschüre jährlich zu aktualisieren. Das Projekt pausierte jedoch 2021/2022.

Die Stadt Göttingen versteht die Handlungsempfehlungen als Anregungen und greift diese gerne nach Möglichkeit auf. Die Stadt unterstützt die Forschungsvorhaben, die Ergebnisse stellen jedoch keine Meinungsäußerung der Stadt Göttingen dar. Die inhaltliche Verantwortung sowie die Entscheidung über das

methodische Vorgehen liegen bei den studentischen Forschungsgruppen.

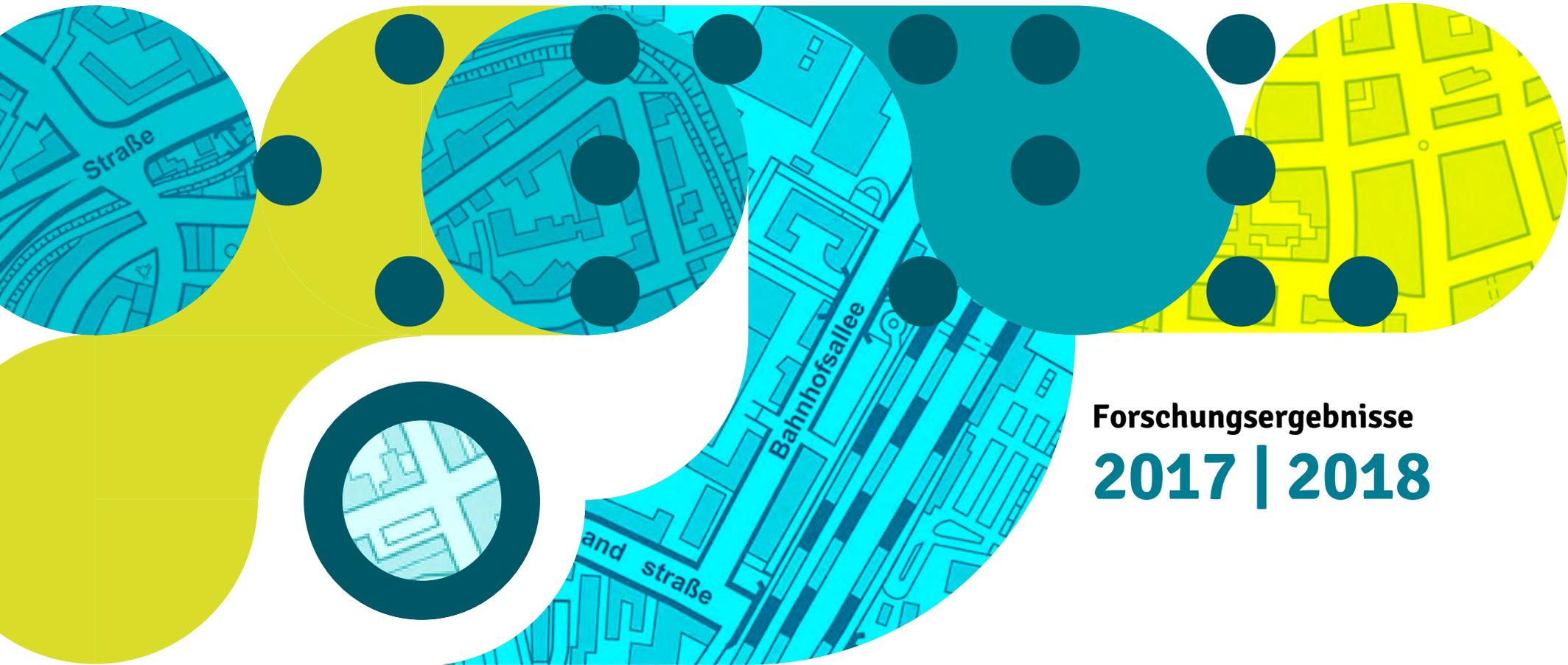
Für viele Studierende stellt „Diversity vor Ort“ das erste größere gemeinschaftliche Forschungsprojekt dar. Dabei entsteht ein Lerneffekt nicht nur für Studierende, sondern für alle Beteiligten. Im Idealfall können aus den Forschungsergebnissen heraus Impulse oder sogar Folgeprojekte entstehen, wie beispielsweise die Broschüre „Frauen auf die Göttinger Straßen(schilder)“. Diese erfolgreiche Stadt-Uni Kooperation leistet somit ganz im Sinne des Mottos „Stadt, die Wissen schafft“ einen wichtigen Beitrag zu Wissensgewinnung über Diversitätsthemen. Stadt und Universität stellen sich gemeinsam der gesellschaftlichen Aufgabe, sich mit der Vielfalt in der Stadt auseinanderzusetzen und dementsprechend fördernde Maßnahmen anzuregen.

Unser besonderer Dank gilt den zahlreichen Beteiligten der Universität Göttingen sowie von Projekten und Initiativen vor Ort, ohne deren Unterstützung die studentischen Projekte nicht realisierbar wären.

Weitere Informationen, u.a. zu den Beteiligten an den Projekten sowie zu den laufenden Forschungsarbeiten, sind zu finden unter <https://uni-goettingen.de/de/610142.html>

Seheinschränkungen und Blindheit im Göttinger ÖPNV

Möglichkeiten und Hindernisse
in der Nutzung barrierearmer Mobilität



Forschungsergebnisse
2017 | 2018

Die Bedarfe von sehingeschränkten und blinden Personen sind sehr unterschiedlich.

Fragestellung und methodisches Vorgehen

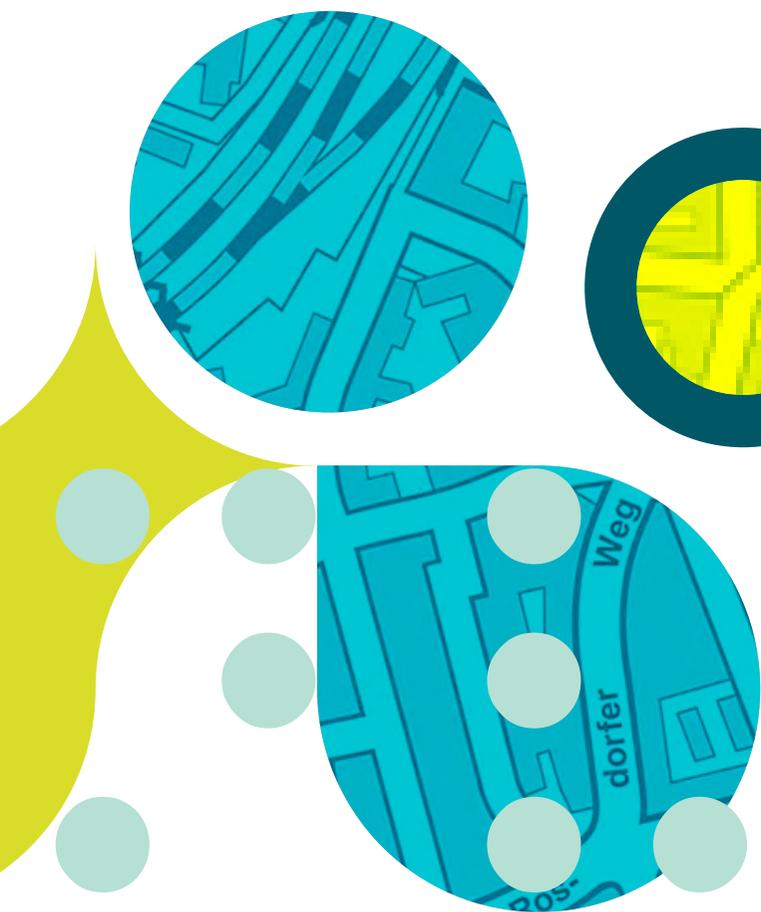
Das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) 8 aus dem Jahr 2013 sieht die Schaffung von barrierefreier Mobilität bis 2022 vor. Dies zielt auf ein umfassendes Modell, denn die Barrierefreiheit muss für alle Nutzer*innen, unabhängig von speziellen Bedürfnissen, einer möglichen temporären oder dauerhaften körperlichen oder psychischen Einschränkung, angeboten werden. Wie eine barrierefreie Mobilität für blinde Menschen oder Menschen mit einer Seheinschränkung ausgestaltet sein müsste, wurde bisher wenig erforscht. Daher untersuchte das Projekt hierfür exemplarisch den Göttinger Nahverkehr. Weiter sollte analysiert werden, inwiefern Busse sowie Bushaltestellen barrierefrei sind und wie der Begriff der Barrierefreiheit in diesem Kontext verhandelt wird.

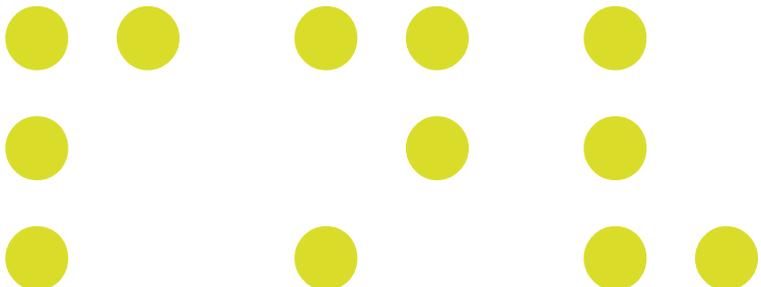
Zu Beginn des Forschungsprozesses wurde im Rahmen einer teilnehmenden Beobachtung eine Busfahrt durch Göttingen mit einer Person mit Seheinschränkung (Nutzer*in 1) gemacht. Weiterhin wurden Interviews mit drei Expert*innen geführt. Dabei handelte es sich um eine Person mit deutlich stärkerer Seheinschränkung (Nutzer*in 2) und dadurch anderer Perspektive auf den ÖPNV als Nutzer*in 1. Zudem wurden ein*e Vertreter*in des lokalen Verkehrsbetriebs sowie ein*e Vertreter*in der Verkehrsplanung der Stadt interviewt. Um weitere Informationen zu gewinnen, wurden zwei Arbeitsgruppen der Stadt zum Thema Mobilität und disability einbezogen.

Dies ermöglichte Einblicke in bisherige Erkenntnisse und Pläne sowie die beteiligten Akteur*innen und ihre Zusammenarbeit kennenzulernen.

Ergebnisse

In allen Interviews wurde der Aspekt von Selbstständigkeit und Unterstützung zur Selbstständigkeit thematisiert. Insgesamt konnte festgestellt werden, dass die Bedarfe von sehingeschränkten und blinden Personen sehr unterschiedlich sind. So wünschen sich im Straßenverkehr einige beispielsweise elektronische Ampeln, andere dagegen Ampeln mit einem akustischen Signal. Hilfsmittel im Bus, an den Bushaltestellen sowie menschliche und technische Hilfen können die Selbstständigkeit unterstützen. So finden sich in den Bussen gekennzeichnete Plätze für Menschen mit Beeinträchtigung, die mit einer entsprechenden Haltewunschtaaste ausgestattet sind. Die Zielfilmanzeige ist beleuchtet und zeigt kommende Bushaltestellen an. Die visuellen Hilfsmittel sind durch eine akustische Haltestellenansage ergänzt. Elektro-Busse werden mit einem Geräusch ausgestattet, um sie für Menschen mit Seheinschränkung bzw. Blindheit hörbar zu machen. Hindernisse entstehen durch Akustikprobleme bei der automatischen Haltestellenansage. Auch die Anzeige auf dem Monitor kann zu spät umspringen oder ist in der Schrift so klein, dass sie auch mit Hilfsmitteln nicht erkannt werden kann. Hinzu kommen Hindernisse in der Orientierung, wenn es zwei oder mehr verschiedene Haltepunkte gibt (z.B. in der Weender Straße). Ein weiteres Problem besteht in der häufig fehlenden Beleuchtung





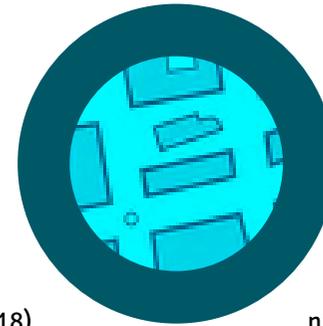
Der städtische Nahverkehr ist auf einem guten Weg zur barrierearmen Mobilität.

an den Haltestellen. Durch Baustellen, Fahrradwege und winterliche Witterungsbedingungen kann es ebenfalls zu Hindernissen an Bushaltestellen kommen.

Laut dem Verkehrsbetrieb gibt es (Stand 2018) keine gänzlich barrierefreien Bushaltestellen in Göttingen, da diese der Definition nach dann für alle erreichbar und nutzbar sein müssten. Die Untersuchung zeigte, wie unterschiedlich die Belange von physisch sowie

sensorisch eingeschränkten Menschen im Hinblick auf die Barrierefreiheit sind. So benötigen blinde Menschen andere Hilfestellungen als Menschen, die noch zu einem bestimmten Prozentsatz sehen können. Fraglich bleibt, inwiefern trotz dieser Unterschiede ein einheitliches Verständnis von Barrierefreiheit existiert oder existieren kann.

Es kann außerdem festgehalten werden, dass eine wesentlich höhere Anzahl von Bushaltestellen in der Innenstadt als in den äußeren Bereichen der Stadt in der Form barrierefrei ist, dass die vorgeschriebene Bordsteinhöhe eingehalten wird, die Einstiegsfindung für alle ermöglicht wird und ein taktiles Leitsystem eingebaut ist. Es konnte ein aktiver Veränderungsprozess hin zum Abbau von Barrieren festgestellt werden, dessen Fortschreiten aber auch von finanziellen Mitteln abhängig ist. So werden jährlich bis zu 16 Bushaltestellen umgebaut. Wenngleich die Finanzierung essenziell für den Abbau von weiteren Barrieren



im öffentlichen Personennahverkehr ist, könnten schon kleinere Veränderungen die Orientierung von sehingeschränkten Menschen erleichtern. Dazu gehören unter anderem das Anbringen von großen Busnummern am Bus auf Augenhöhe, die frühere Ansage von Bushaltestellen oder eine alternative Beleuchtung der Bushaltestellen zu der nicht immer vorhandenen Werbetafelbeleuchtung.

Es kann festgehalten werden, dass der öffentliche Personennahverkehr in Göttingen nicht vollkommen barrierefrei für blinde und sehingeschränkte Menschen ist, aber sich die beteiligten Akteur*innen darum bemühen, Barrieren abzubauen, vor allem indem sie in Gremien und Arbeitsgruppen den gegenseitigen Austausch suchen. Daher kann diese Untersuchung nur eine Momentaufnahme in einem langjährigen, noch andauernden Prozess sein, bei dem der städtische Nahverkehr auf einem guten Weg in der Herstellung von barrierearmer Mobilität ist.

Weitere Forschungsthemen aus dem Durchgang 2017/2018:

- » Inklusionsmöglichkeiten im Freizeitbereich. Eine Untersuchung der Freizeitangebote in den Bereichen Sport und Kultur
- » Bildungsherkunft und Wohnsituation von Studierenden
- » Stadtteildiskriminierung in Göttingen
- » Inklusive bzw. Integrative Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen

Göttingens Straßennamen und Gedenktafeln

Repräsentation verschiedener
Diversitätskategorien



Forschungsergebnisse
2018 | 2019



Straßennamen und Gedenktafeln machen nur einen Teil der deutschen Geschichte sichtbar.

¹Der Wechsel zwischen englischen und deutschen Begriffen in der Kategorienbildung hängt mit der konzeptionellen und/oder historischen Bedeutung der Begriffe zusammen. Dahinter stehen Konzepte aus dem angloamerikanischen Raum, die explizit nicht biologisierend sind, sondern auf die soziale Konstruktion der Kategorien verweisen. „Race“ verweist dabei auf Rassismus, „gender“ auf Geschlecht, „disability“ auf Behinderung und „class“ auf Klasse/sozialen Hintergrund.

Fragestellung und methodisches Vorgehen

Straßen und Plätze begegnen uns alltäglich. Sie erscheinen als selbstverständlicher Teil des öffentlichen Raums und strukturieren Städte und Gemeinden. Neben ihrer Funktion als Orientierungssystem sind sie Teil der Gedenk- und Erinnerungskultur. In Deutschland gab es bislang mehrere Straßenumbenennungswellen, vor 1945 und nach 1945 sowie nach 1989. Umbenennungsprozesse können entweder auf Initiative der Verwaltung oder durch Anstoß aus der Zivilgesellschaft in Gang gebracht werden. Dabei ist vor allem interessant zu schauen, an wen (oder was) erinnert wird und wie die (Um-)Benennungen entschieden werden. Die Forschungsfrage lautete dementsprechend: Wie gestaltet sich die Repräsentationskultur durch Göttingens Straßenbenennung?

Um dies zu beantworten, wurden zunächst alle personenbezogenen Straßennamen (311) und öffentlich angebrachten Gedenktafeln (319) der Stadt Göttingen systematisch anhand der Kategorien¹ race, Religion, gender, disability, Sexualität und class analysiert. Zur Einordnung der Ergebnisse wurden zudem Expert*inneninterviews mit verschiedenen postkolonialen Initiativen aus Dresden, Berlin und Witzenhausen sowie der Leitung der Abteilung „Geoservice und Grundstücke“ der Stadt Göttingen durchgeführt.

Ergebnisse

Die Analyse der Straßennamen und der Gedenktafeln ergibt in Zusammenhang mit den Interviews, dass im öffentlichen Raum nur ein Teil der deutschen Geschichte sichtbar wird, was der historischen Komplexität nicht gerecht wird.

Die Religionszugehörigkeit konnte bei 75% der untersuchten Straßennamen nicht zugeordnet werden. Die Auswertung der übrigen Straßennamen in Bezug auf Religion ergibt: Mit 19% werden Personen christlichen Glaubens am häufigsten auf Straßennamen genannt. Ein kleiner Anteil von 4% der Straßen ist nach jüdischen Personen benannt. Andere Religionszugehörigkeiten, wie z.B. zum Islam, ließen sich nicht ermitteln. Die Kategorie sexuelle Orientierung zeigt, dass 41% der Personen gegengeschlechtlich verheiratet lebten, weshalb sie von der Forschungsgruppe als heterosexuell gelesen wurden. Andere sexuelle Orientierungen sind nicht sichtbar vertreten.

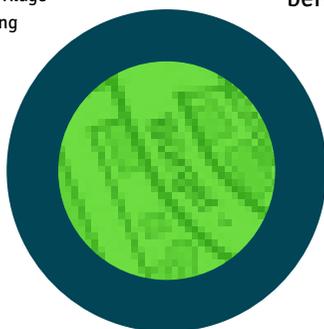
Besonders auffällig ist, dass bei der Dimension gender 84% der untersuchten Straßennamen nach Männern benannt wurden, während nur 15% eine Namensgeberin haben. Seltener werden mehrere Personen bedacht. Es handelt sich dabei um Straßennamen, die zum Beispiel ein Geschwisterpaar wie die Geschwister Scholl repräsentieren. In Bezug auf race lässt sich feststellen, dass bisher keine als nicht-weiß gelesene Person Namensgeber*in einer Straße in Göttingen wurde.



Es ist wichtig, die Öffentlichkeit für die Thematik der Erinnerungskultur zu sensibilisieren.

²D.h. es fehlen Daten, die für die Analyse relevant wären.

³Bei einem Umbenennungsprozess werden zunächst die Anwohner*innen postalisch über das Vorhaben in Kenntnis gesetzt und können Stellung beziehen. Die Anwohner*innen haben auch die Möglichkeit Klage gegen den Verwaltungsakt einzureichen. Eine Umbenennung hat eine Umadressierung der Anwohnenden zur Folge, was mit hohem Aufwand für die einzelne Person verbunden sein kann. Um Anwohner*innen entgegenzukommen übernimmt die Stadt teilweise die Weiterleitung der neuen Adressen über das Einwohnermeldeamt.



Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Einordnung in die Dimensionen Religionszugehörigkeit, sexuelle Orientierung und disability oft nicht leicht war, da alle einen hohen Missing-Wert aufweisen². Deutlich wird hier insgesamt, dass bei der intersektionalen Überschneidung der Kategorien viele Straßen in Göttingen nach weißen Männern benannt worden sind, die tendenziell in einer heterosexuellen Beziehung gelebt haben.

Die statistische Analyse der Gedenktafeln zeigte ebenfalls hohe Missing-Werte. Gender ist die einzige Kategorie bei der Analyse der Gedenktafeln, die keine Missing-Werte aufweist. Hier sind 97% der Personen männlich und nur 3% weiblich.

Die Interviews haben gezeigt, dass es notwendig ist, die Öffentlichkeit für die Thematik der Erinnerungskultur zu sensibilisieren. Straßennamen sind Teil des kollektiven Gedächtnisses, da sie alltäglich an Persönlichkeiten, Ereignisse und Orte erinnern und dabei eine identitätsstiftende Funktion einnehmen. Dabei erinnern städtische Straßennamen in Deutschland und eben auch in Göttingen bisher kaum oder gar nicht an Sichtweisen marginalisierter Gruppen und spiegeln soziale Vielfalt im öffentlichen Raum nicht wider. Allerdings wurden in Göttingen bereits viele Straßennamen umbenannt, wie in jüngster Vergangenheit z.B. die Heinrich-Sohnrey-Straße in die Else-Bräutigam-Straße³. Häufig führen diese Umbenennungen zu negativen und ablehnenden Rückmeldungen der Bewohner*innen.

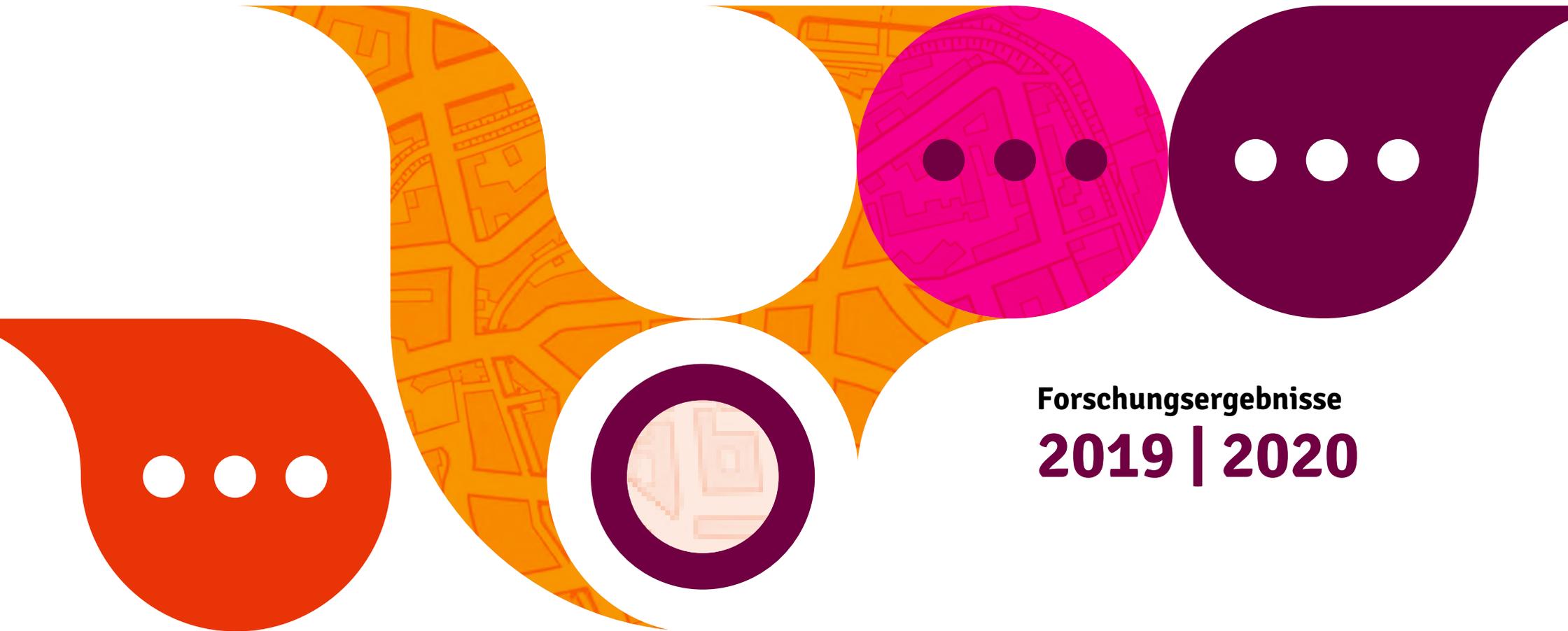
Bei Umbenennungen von Straßennamen und Ehrungen sowie für zukünftige Benennungen sind also verschiedene Aspekte zu beachten. Eine alleinige Umwidmung, also eine Beibehaltung des Straßennamens und Ehrung einer Person mit gleichem Namen, wird häufig als unzureichend erachtet, da hierbei keine Auseinandersetzung mit der Problematik stattfindet. Zu Erklärungsschildern, wie sie beispielsweise in Karlsruhe angebracht wurden, gibt es unterschiedliche Haltungen: Für Personen, die in Bezug auf ihr Wirken ambivalent einzuschätzen sind, können sie eine Möglichkeit darstellen, um einzelne Aspekte einer Person zu problematisieren, ohne die Straße umbenennen zu müssen. Bei schwerwiegenden Verbrechen (z.B. Kriegsverbrechen) können Erklärungsschilder als unangebracht empfunden werden. Vor allem deshalb, da Passant*innen, Bürger*innen und Bewohner*innen dadurch signalisiert werden könnte, dass eine Person trotz bekannter menschenverachtender Äußerungen oder gewaltvoller Verbrechen weiterhin öffentlich geehrt werden kann.

Weitere Forschungsthemen aus dem Durchgang 2018/2019:

- » (Un-)Wohlfühlen – unterwegs in Göttingen bei Dunkelheit
- » Diversität in Göttinger Organisationen – Eine Analyse von Unterzeichner*innen der Charta der Vielfalt

Migrationsberatung in Göttingen

Repräsentation verschiedener
Diversitätskategorien



Forschungsergebnisse
2019 | 2020

Das Ziel der Chancengleichheit soll angestrebt werden und die Beratung als Ort der Begegnung fungieren.

Fragestellung und methodisches Vorgehen

Das Projekt zur Migrationsberatung in Göttingen ging der Frage nach, wie in den jeweiligen Beratungsstellen Diversität gedacht wird und wie sich diese im Beratungsalltag bemerkbar macht. Das Ziel der Forschungsarbeit war es darzustellen, inwiefern der in den letzten Jahren erstarkende Diversitätsdiskurs nicht nur theoretisch zu fassen ist, sondern Einzug in die Praxis hält.



Mit einer intersektionalen Perspektive auf das Phänomen Migration und dem dazugehörigen Verständnis für die Produktion von strukturellen Machtverhältnissen

in zwischenmenschlichen Interaktionen wurden sechs leitfadenorientierte Expert*innen-Interviews mit Mitarbeitenden verschiedener Beratungsstellen geführt. Das vereinende Merkmal der Beratungsstellen ist das speziell für Menschen mit Migrationserfahrung oder -geschichte ausgelegte Beratungsangebot. Die Interviews wurden im Frühjahr 2020 unter Berücksichtigung des Pandemiegeschehens geführt. Die transkribierten Interviews wurden mit der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet.

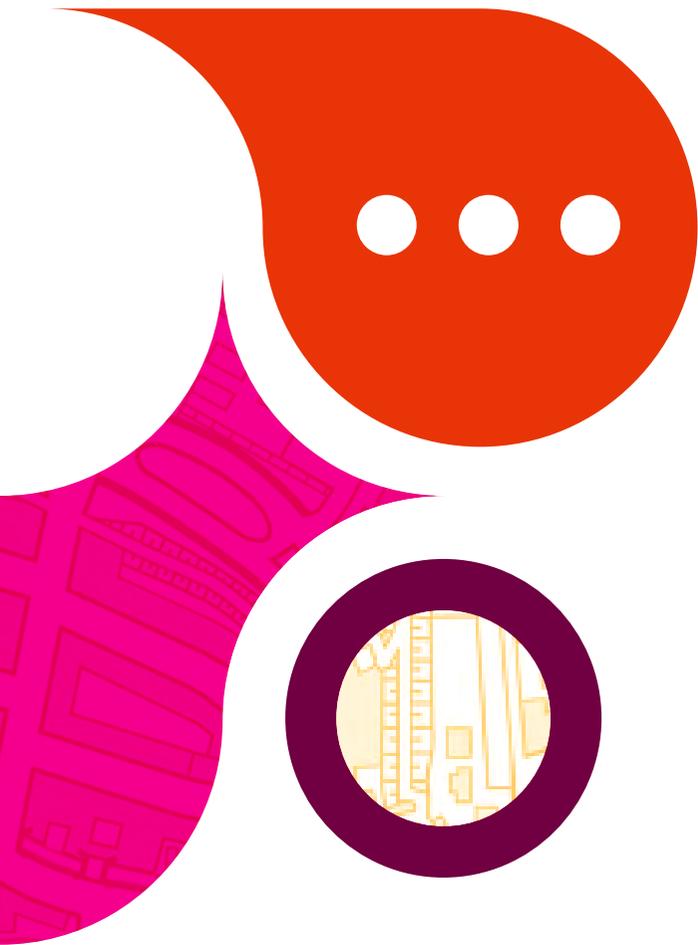
Ergebnisse

Die Auswertung der Interviews hat gezeigt, dass Diversität in vielfältiger Weise in allen Einrichtungen implizit oder explizit mitgedacht wird und zum Beratungsalltag gehört. Hierbei variiert das Bewusstsein über Diversität in einem Spektrum von bewusster Thematisierung durch die Interviewten bis zur beiläufigen Thematisierung oder aktiven Thematisierung durch die Interviewenden.

Insbesondere die Rahmenbedingungen sind zentrale Aspekte für die Beratung. Es konnte festgestellt werden, dass eine Veränderung in den Rahmenbedingungen stattgefunden hat und seit 2012 ein integriertes Angebot von Deutsch- und Integrationskursen besteht. Diese Veränderungen wirken sich auf die Diversitätsverständnisse in den Einrichtungen und der konkreten Beratenden aus. Mithilfe der Beratungspraxis soll laut den Befragten das Ziel von Chancengleichheit angestrebt werden und die Beratung als Ort der Begegnung fungieren.

Die Motivation der Beratenden ist nicht losgelöst zu betrachten von deren biographischen Hintergründen. Einige Beratende haben eine eigene Migrationsgeschichte oder berichten von Kolleg*innen mit einer Migrationsgeschichte. Dies trägt auch zur Schaffung einer Vertrauensbasis bei, der die Expert*innen für den Beratungsprozess Bedeutung beimessen.

Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen, ist für die meisten Beratenden zentral. Dieses ressourcenorientierte



Prekarisierte Lebensumstände spielen in der Beratungspraxis eine größere Rolle, als die Theorie es suggeriert.

Vorgehen legt den Schwerpunkt auf die Selbstermächtigung der Ratsuchenden, anstatt ihre Lebenslagen ausschließlich zu problematisieren. Es wird an mehreren Stellen deutlich, dass ein Schwerpunkt bei der Diskussion um Diversität in den Interviews auf der Herstellung von Chancengleichheit und Teilhabe liegt. Um Teilhabe zu ermöglichen, greifen Beratende in allen Fällen auf Netzwerke und Kooperationen mit anderen Einrichtungen oder innerhalb der eigenen Einrichtung zurück. Bezüglich des zielgruppenorientierten Zugangs zur Beratung wird klar, dass entsprechende Netzwerke auch die Funktion der Weitervermittlung von Klient*innen erfüllen.

Geht es um Diversität in der Beratung, verstehen viele Beratende hierunter auch eine Vielfalt an Sprachen, die in der Beratung und in der Einrichtung zum Einsatz kommen. In manchen Situationen gibt es aufgrund von Sprachbarrieren Schwierigkeiten, wobei auch Dolmetschende eingesetzt werden und Netzwerke bedient werden, um eine Vermittlung zu ermöglichen.

In Bezug auf die Klientel lässt sich sagen, dass diese mit vielfältigen Anliegen in die Migrationsberatung kommt. Zwar liegt der Fokus aufgrund der Auswahl der Interviewpartner*innen auf den Themen Aufenthaltsstatus, berufliche Anerkennung und Hilfestellung im Alltag am neuen Wohnort, jedoch lässt sich innerhalb dieser thematischen Schwerpunkte eine Vielfalt an Lebenswelten und Situationen feststellen, mit denen die Ratsuchenden in die Beratung kommen. Viele Beratende berichten von den Bereichen Gesundheit und Wohnverhältnisse

als wichtige, zu bearbeitende Anliegen. Geschlecht und Sexualität werden weniger in der Beratung thematisiert.

Die Ergebnisse zeigen eine Diversität innerhalb der Gruppe der Ratsuchenden, die nicht einfach interkulturell zu erklären ist, sondern multifaktoriell bedingt ist durch Bildung, Wohn- und Arbeitsverhältnisse.

Seit Beginn der Corona-Pandemie sind außerdem der Beratung Grenzen gesetzt: Teilhabe wird den Ratsuchenden umso mehr aufgrund zeitweise geschlossener Einrichtungen erschwert, was auch den Beratungsprozess verkompliziert.

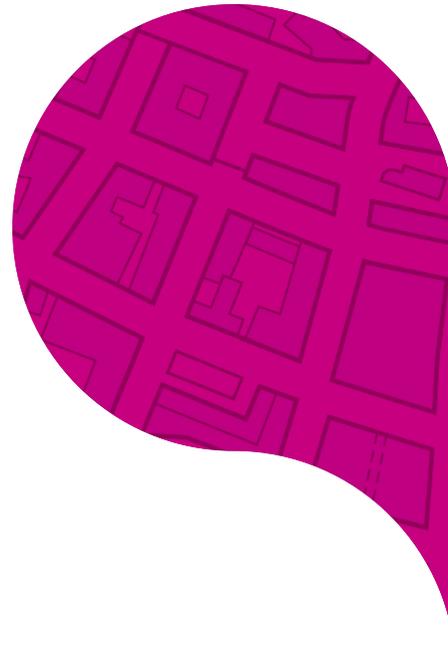
Insgesamt zeigen die Ergebnisse ein teilweises Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis: Theorien zu Diversität und Intersektionalität gehen wenig bis gar nicht auf konkrete Lebensumstände und -situationen wie damit einhergehende Problematiken für marginalisierte, prekarierte und diskriminierte Personen unter Berücksichtigung vielfältiger Lebenswelten ein. Dabei verwehren diese Umstände Menschen den Zugang zu Teilhabe ebenso, wie dies durch Zuschreibungen geschieht, die aufgrund des Aussehens gemacht werden. Prekarisierte Lebensumstände spielen in der Beratungspraxis eine größere Rolle, als die Theorie es suggeriert.

(Zwei)Geschlechtlichkeit in Göttingen

zur Debatte um Unisex-Toiletten
in der Stadtverwaltung Göttingens



Forschungsergebnisse
2020 | 2021



Bislang gibt es wenig Studien zur Akzeptanz bei der Einführung von Unisex-Toiletten.

Fragestellung und methodisches Vorgehen

Die Projektgruppe untersuchte den Prozess zur Einführung von Unisex-Toiletten – oder auch All Gender Toiletten – in der Göttinger Stadtverwaltung. Seit der Einführung eines dritten Geschlechtseintrages im Personenstandsgesetz findet eine voranschreitende Anpassung und Änderung binär formulierter Gesetze und binärer Infrastrukturen statt. Diese erstreckt sich über die Anpassung von Formularen und Stellenausschreibungen bis hin zu räumlichen Einrichtungen wie Umkleidekabinen und Sanitäranlagen. Obwohl Unisex-Toiletten zunehmend institutionell implementiert werden, gibt es bislang wenig Studien zu der Akzeptanz und Wirkung bzw. den möglichen Konsequenzen dieser Umgestaltung.

Das vorliegende Projekt will hier eine Forschungslücke schließen. Mithilfe eines zweischrittigen multi-methodischen Forschungsdesigns gingen die Studierenden der Frage nach der Akzeptanz von Unisex-Toiletten unter Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Göttingens nach. Zunächst führten sie qualitative Expert*innen-Interviews mit Politiker*innen und Mitarbeitenden im Neuen Rathaus in Göttingen. In einer zusätzlichen quantitativen Umfrage wurden Einstellungen und Meinungen der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Göttingen zur Akzeptanz von Unisex-Toiletten erhoben.



Die Studierenden argumentieren in ihrem Bericht, dass die Einführung von Unisex-Toiletten aufgrund der Rechtsgrundlage notwendig ist und weisen darauf hin, dass die Stadt Göttingen im Jahr 2016 die **Charta der Vielfalt** unterzeichnet hat, welche zur Anerkennung und Förderung vorhandener Vielfalt in der Gesellschaft aufruft. Diesen Verpflichtungen folgen positive sowie negative Reaktionen, welche die Studierenden in ihrer Arbeit erforschten und auf Grundlage welcher sie Handlungsempfehlungen für die Stadt Göttingen aussprechen.

Ergebnisse

Die befragten Expert*innen erwarteten zwar grundsätzlich keine größeren Probleme bei der Öffnung der Unisex-Toiletten, jedoch einen Diskussionsbedarf, den es zu bearbeiten gelte. Darüber hinaus fanden einige Befragte, dass es wichtigere Themen für die Stadt geben würde und dass unnötige Zusatzkosten entstehen würden. Auch von einer Angst vor Übergriffen wurde in Interviews berichtet, auch wenn diese nicht als Problem spezifisch der Unisex-Toiletten betrachtet wurde, sondern allgemein als ein Problem von gemeinschaftlich genutzten Toiletten. Männliche und weibliche Befragte nannten mögliche Kritikpunkte am Umbau, aber erwarteten auch eine allgemeine Akzeptanz für die Umgestaltung.

An der quantitativen Online-Befragung nahmen 441 Mitarbeitende der Stadt Göttingen teil, was einer hohen Rücklaufquote von 26,6% entspricht. Zwei Drittel aller Befragten gaben an, dass sie Unisex-Toiletten grund-

Bedenken über Hygiene und Privatsphäre sind die ausschlaggebenden Vorbehalte gegen Unisex-Toiletten.

¹Die Variable der Geschlechtszugehörigkeit wurde in der Auswertung auf die Antwortkategorien „weiblich“ und „männlich“ beschränkt, da die Fallzahlen der anderen Antwortkategorien zu gering für eine Berechnung ausfielen.

Um bestehenden Ängsten vor hygienischen Mängeln auf Unisex-Toiletten entgegenzuwirken, empfehlen die

sätzlich akzeptieren und am Arbeitsplatz benutzen würden. Die Analyse hat insgesamt ergeben, dass Geschlecht¹, Alter und Bildungsabschluss keinen bzw. nur einen vernachlässigbaren Einfluss auf die Akzeptanz und Nutzung der Unisex-Toiletten haben. Gleiches gilt für Vorerfahrungen mit Unisex-Toiletten. Bei der näheren Betrachtung der Umfrageergebnisse wird deutlich, dass eine Abstufung der Akzeptanz vorliegt. So sind die Bedenken über Hygiene und Privatsphäre die ausschlaggebenden Vorbehalte gegen Unisex-Toiletten. Die Mehrheit der Befragten teilte die Befürchtung, dass Unisex-Toiletten weniger hygienisch und unsauberer sein könnten als geschlechtergetrennte Toiletten. Hier unterstellten weibliche Befragte ihren männlichen Kollegen unhygienisches Toiletten-Verhalten und anders herum. Einige Befragte äußerten Ekel bezogen auf die Möglichkeit, im Toilettenbereich benutzte Menstruationsartikel vorzufinden. Hinzu kommen Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Einsatzes von Ressourcen und finanziellen Mitteln für den Umbau von Toiletten. Auch Schamgefühle (Befangenheit vor Toilettenbesuch mit anderen Geschlechtern, Menstruationsscham und Befangenheit vor Menstruationsprodukten) spielten eine deutliche Rolle bei der Bewertung von Unisex-Toiletten.

Studierenden transparente und gut kommunizierte Reinigungspläne der Sanitäreinrichtungen, eine mögliche häufigere Reinigung der Toiletten, ausreichend Möglichkeiten zur Belüftung der Räume sowie Entsorgung von Hygieneartikeln. Zuletzt unterstreichen die Studierenden die zentrale Rolle der Stadt in der Schaffung einer diskriminierungsfreien Öffentlichkeit. Um in der Göttinger Bevölkerung, sowie hier im Konkreten bei den Mitarbeitenden der Stadt Göttingen, eine breitere Toleranz für die Bedürfnisse von trans*, inter* und nicht-binären Personen zu schaffen, können Aufklärungs- und Bildungsprogramme hilfreich sein.

Weitere Forschungsthemen aus dem Durchgang 2020/2021:

- » Barrierearmut im Internet für Menschen mit sogenannten kognitiven Beeinträchtigungen – Eine empirische Untersuchung der Homepage der Stadt Göttingen
- » Wie soll weiter verfahren werden mit dem „Südwestafrika-Denkmal“ in Göttingen? Eine Lehrforschung zur Dekolonisierung von städtischer Erinnerungskultur
- » Eine postkoloniale Analyse der Göttinger Erinnerung an Otto von Bismarck
- » Macht- und Ausgrenzungseffekte am Beispiel der Berichterstattung des Göttinger Tageblatts über die Covid-19-Infektionen im Iduna-Zentrum und der Groner Landstr. 9
- » Hohes Körpergewicht im Alltag: Benachteiligung Hochgewichtiger in ihrer räumlichen Mobilität. Eine Annäherung im Raum Göttingen anhand von Expert*inneninterviews

„Oben-ohne“- Schwimmen in Göttingen

Gleichstellung und Antidiskriminierung

Forschungsergebnisse
2022 | 2023

(Queer-)Feministische Bewegungen fordern weltweit die Entsexualisierung nackter weiblich-gelesener Brüste.

Das Gendersternchen (*) [...] verweist auf den Konstruktionscharakter von Geschlecht.

„Frauen**“ beispielsweise bezieht sich auf alle Personen, die sich unter der Bezeichnung „Frau“ definieren, definiert werden und/oder sich sichtbar gemacht sehen.“ (FUMA o.J.)

Fragestellung und methodisches Vorgehen

Moden, Trends und Kleidungsstile sind ganz selbstverständliche, alltägliche Kulturpraktiken. Jedoch kann sich nicht jede Person bekleiden wie es ihr gefällt, ohne mögliche gesellschaftliche Sanktionen zu erfahren. Wie sich Menschen in verschiedenen sozialen Situationen bekleiden ist immer auch Teil historisch-kultureller, kontextspezifischer Aushandlungsprozesse und an spezifische Normen- und Werteverständnisse geknüpft. So sorgte im Jahr 2021 ein Vorfall im Badeparadies „Eiswiese“ in Göttingen zu einer weitreichenden und bundesweit aufgegriffenen Debatte um das Thema „Oben-ohne-Schwimmen“: Das Baden ohne eine Bedeckung der als weiblich gelesenen Brust geriet in Konflikt mit der Vorstellung angemessener Badebekleidung. Bis zu diesem Vorfall war es weiblich gelesenen Menschen verwehrt, sich wie männlich gelesene Menschen im Schwimmbereich „oben ohne“ zu zeigen. Danach wurde die Möglichkeit zum „Oben-ohne-Schwimmen“ für alle Personen und ihre jeweiligen geschlechtlichen Selbstidentifikationen schrittweise eingeführt. Am Beispiel der medial wie auch stadtpolitisch geführten Göttinger Debatte um eine neue Kleiderordnungspraxis beim Schwimmen ging die Projektgruppe der Fragestellung nach, wie vergeschlechtlichte Oberkörper hinsichtlich der Themen Anti-Diskriminierung und Gleichstellung verhandelt werden. Der Fokus lag dabei auf den Themen und Argumentationslinien während der Debatte sowie der Bewertung der Praxis in einer Ein-Jahres-Bilanz. Hierzu wurden Interviews mit Vertreter*innen

der Praxis in einer vier qualitative aus den Berei-

chen Gleichstellungsarbeit, queer-feministischer Aktivismus und GoeSF (Göttinger Sport und Freizeit GmbH & Co. KG) geführt und anhand einer Qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet.

Ergebnisse

Die Debatte in Göttingen kann in (inter)nationale Diskurse eingeordnet werden. (Queer-)Feministische Bewegungen fordern weltweit die Normalisierung und Entsexualisierung nackter weiblich-gelesener Brüste, da die herrschenden Badebekleidungspraktiken als diskriminierend verstanden werden. Obwohl die Haus- und Badeordnung des „Badeparadies Eiswiese“ bezüglich der Kleiderordnung nicht nach Geschlecht unterschied, konnte diese nach gegenwärtigen gesellschaftlichen Normen geschlechtsspezifisch ausgelegt werden: kulturelle Schamhaftigkeit, Schutz vor sexueller Belästigung und Gewalt sowie das persönliche Wohlbefinden sind in der Praktik der Bedeckung von Brüsten zentral und konnten auch in der Göttinger Debatte gefunden werden. Wie die Interviews zeigen, sind alle Expert*innen sich darin einig, dass Frauen* vor sexueller Belästigung und Voyeurismus geschützt werden sollten. Mit dem analytisch-theoretischen Blick zeigt

Die weiblich gelesene Brust wird nicht als reguläres Körperteil wahrgenommen, sondern durch sexualisierende Blicke objektifiziert.

sich hier deutlich, dass die Debatte auf einer Sexualisierung der weiblich gelesenen Brust in Verbindung mit einem Schutzdiskurs aufbaut. Dieser Schutzdiskurs fußt auf einer Deutungsweise, welche die als zu schützend betrachteten Personen und ihre vergeschlechtlicht-sexualisierten Merkmale (z. B. die weiblich gelesene und gesellschaftlich sexualisierte Brust) in den Fokus möglicher Diskriminierung stellt. Eine besondere Funktion nimmt hier der „Male Gaze“ ein. Ein Blick, der Frauen* als Objekt des Blicks darstellt (Mulvey, 1975). Frauen* werden darüber sexualisiert und ihre Nacktheit wird aufgrund der Blicke Anderer problematisiert. So wird die weiblich gelesene Brust nicht als reguläres Körperteil wahrgenommen, sondern sie wird durch sexualisierende Blicke objektifiziert und „sexy gemacht“.

Wie kann aber das gemeinsame Ziel, einen diskriminierungsfreien Raum zum Baden und Schwimmen für alle Geschlechter zu gestalten, verfolgt und erreicht werden? Um eine diskriminierungsfreie Schwimmbadpraxis zu gewährleisten, verfolgen die Expert*innen zwei Mittel: Gleichbehandlung und Ungleichbehandlung. Als Ungleichbehandlung tritt die geschlechtergetrennte, unterschiedliche Bekleidungspraktik (Bedecken der weiblich-vergeschlechtlichten Brust) auf. Als Gleichbehandlung wird dann eine Praktik verstanden, die eine selbstgewählte Bekleidungsform für alle Geschlechter erlaubt und damit allen Menschen eine selbstbestimmte Geschlechtsidentität sowie deren Ausdruck ermöglicht.

Neben der neuen Möglichkeit der Selbstbestimmung durch die neue Bekleidungspraktik und ihren möglichen Ausschlussmechanismen wurde auch die Gefahr der sexualisierten Belästigung, z. B. in Form von „Spannerei“, Anfeindungen oder Übergriffen auf Frauen* und trans*, inter* und nicht-binäre* Menschen, erwähnt. Die Interviews bestätigten, dass es wenige tatsächliche Probleme bei der Einführung gab und sich hinsichtlich „Schutz“ wenig im Schwimmbad ändern soll. Dennoch werden mehr thematische Informationen als förderlich für die Sicherheit bei der „Oben-ohne“-Praxis benannt. Damit sollen auch Bademeister*innen, die als Schutzinstanz und direkte Anlaufstelle für Konflikte vor Ort verstanden werden, unterstützt werden. Zudem wurden mehr öffentliche Anlaufstellen und eine bürger*innenfreundliche Politik für Diskriminierungsanliegen vorgeschlagen. Neben Nutzer*innen der „Oben-ohne“-Möglichkeit gibt es mittlerweile auch eine Badegruppe als Angebot für gemeinsames und empowerndes „Oben-ohne“-Schwimmen. So soll durch Inspiration zum Mitmachen ein sensibilisiertes und inkludierendes Verständnis für die Vielfalt von Geschlecht etabliert werden. In den Interviews wurde gezeigt, dass bereits die „Oben-ohne“-Debatte in Göttingen hierzu beigetragen hat. Deutlich wurde auch, dass durch den politisierten Vorfall und durch die neue Bekleidungspraktik, die Sichtbarkeit und Sensibilisierung für Themen wie das „Oben-ohne“-Schwimmen und die daran anschließenden gesellschaftsrelevanten Fragen von Inklusion und Exklusion gefördert wurden.



Impressum

Herausgeberin:

Die Stadt Göttingen, vertreten durch die Oberbürgermeisterin
in Kooperation mit der Georg-August-Universität Göttingen,
Institut für Diversitätsforschung

Stand:

April 2024

Redaktion:

Referat der Oberbürgermeisterin, Fachbereich Personal und Organisation

Gestaltung:

schoenbeck mediendesign